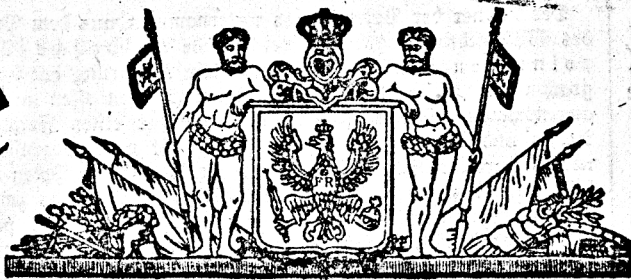


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin. \* Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 \* Fernsprech. Zentrale: Ullstein & Co. Marktplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## Die neue Antwort Wilsons.

Wir bringen nachstehende Wiedergabe der Note Wilsons, deren Wortlaut es nicht ausgeschlossen erscheinen läßt, daß bei der Uebersetzung oder Uebersetzung einzelne Wendungen unklar wiedergegeben worden sind.

Saag, 24. Oktober.

Redaktion des Holländisch-Nieuwsbureau.

Das Auswärtige Amt in Washington hat folgendes veröffentlicht:

Dem Staatssekretär an den Geschäftsträger der Schweiz, ad interim mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten beauftragt:

Auswärtiges Amt, den 23. Oktober 1918.

Mein Herr!

Unter Berücksichtigung der von Ihnen übermittelten Note der deutschen Regierung vom 20. Oktober beehre ich mich, Sie zu benachrichtigen, daß der Herr Präsident mich beauftragt hat, folgendes darauf zu antworten:

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und deutliche Erklärung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie rückhaltlos die Vorbedingungen für den Frieden annimmt, welche er in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 an den Kongreß der Vereinigten Staaten niedergelegt hat sowie die Grundzüge einer Friedensregelung, welche in seinen folgenden Botschaften und namentlich in der vom 27. September verkündet wurden; daß die deutsche Regierung wünscht, über die einzuleitenden Schritte und deren Anwendung Besprechungen zu eröffnen und daß dieser Wunsch und dieses Ziel nicht seitens derjenigen ausgesprochen wurde, die bisher Deutschland Politik diktierten und im Namen Deutschlands den gegenwärtigen Krieg führten, sondern seitens eines Ministeriums, das für die Mehrheit des Reichstags und für eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes spricht; nachdem weiter der Präsident gleichfalls das weitere Versprechen der deutschen Regierung erhalten hat, daß die Gesetze der Menschlichkeit und der zivilisierten Welt sowohl zu Wasser wie zu Lande durch die deutschen Streitkräfte beachtet werden, empfinde der Präsident, daß er sich nicht mehr weigern könne, den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten verbündet sind, mit der Frage eines Waffenstillstandes näherzutreten.

Er hält es aber für seine Pflicht, neuerdings zu erklären, daß der einzige Waffenstillstand, den ihnen zur Erwägung vorzutragen er sich für berechtigt erachten würde, ein solcher wäre, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen assoziierten Mächte in einer Lage lassen würde, in der sie jeder Abmachung, welche getroffen werden müßte, genügend Kraft beizusetzen vermögen, um eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich zu machen. Der Präsident hat infolgedessen seine Korrespondenz mit den gegenwärtigen deutschen Behörden, den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegsführende Macht assoziiert ist, mit dem Vorschlage abgebrochen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angebotenen Bedingungen und Grundzügen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten einzuladen, den gegen Deutschland assoziierten Regierungen die notwendigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der betreffenden Völker völlig wahren würde und das unbeschränkte Recht der assoziierten Regierungen zur Sicherung der Einzelheiten des Friedens, mit denen die deutsche Regierung sich einverstanden erklärt hat, vorausgesetzt, daß sie einen Waffenstillstand für möglich halten. Die Annahme dieser Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland wird den besten konkreten Beweis dafür bilden, daß es die Bedingungen und Grundzüge des Friedens annimmt, aus denen die ganze Aktion entspringt.

Der Präsident fühlt, daß es nicht aufrichtig wäre, wenn er nicht, und zwar in möglichst klarer Form, betonen würde, warum außerordentliche Sicherungen verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig

die Verfassungsänderung zu sein scheint, von denen der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so scheint es (hier fehlen zwei Worte, wahrscheinlich: doch nicht), daß die Grundzüge einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind oder daß eine Bürgerschaft besteht oder erwogen wird, damit die Systemänderung und die Durchführung der Maßregeln, über die jetzt teilweise eine Einigkeit erzielt worden ist, dauernd sein würden. Außerdem tritt nicht gerade in Erscheinung, ob der Kern der gegenwärtigen Frage getroffen worden ist. Es ist möglich, daß künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt worden sind, aber der gegenwärtige Krieg war es nicht, und es handelt sich um den gegenwärtigen Krieg, mit dem wir es jetzt zu tun haben. Es ist klar, daß das deutsche Volk kein Mittel besitzt, um zu befehlen, daß sich die deutschen Militärbehörden dem Volkswillen unterordnen; daß die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten noch ungewiß ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herrscher in Deutschland waren.

In dem Gefühl, daß der ganze Weltfrieden jetzt davon abhängt, daß klar gesprochen und aufrichtig und klar gehandelt werde, betrachtet es der Präsident als seine Pflicht, ohne irgendeinen Versuch zu machen, Worte die als schroff gelten können, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen und hegen können, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten, und abermals zu betonen, daß beim Friedensschluß und beim Versuche, die endlosen Leiden und Ungerechtigkeiten dieses Krieges ungeschehen zu machen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem anderen als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bieten, als die bisherigen Beherrscher Deutschlands.

Falls die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt verhandeln muß mit den militärischen Meistern und mit den monarchistischen Autokraten Deutschlands, oder falls es wahrscheinlich ist, daß sie später hinsichtlich der internationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches mit diesen zu verhandeln haben wird, so muß sie nicht Friedensverhandlungen sondern Uebergabe verlangen. Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen bleiben.

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner besonderen Hochachtung

gez.: Lansing.

### Englische Bedingungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Rotterdam, 23. Oktober.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ weist auf die lange dauernden Konferenzen hin, die das englische Kriegskabinett gestern und Montag abgehalten habe. Die von Montag seither sechs Stunden gedauert zu haben. Es scheint, daß England es für nötig halte, die Auslieferung der U-Boote als eine der Bedingungen für einen Waffenstillstand zu nennen. Die Abtastung der Hochseeflotte werde nicht für unbedingt notwendig gehalten. Frankreich bestrebe auf Räumung von Elsaß-Lothringen als Bedingung für einen Waffenstillstand. Obgleich zwischen Washington, London und Paris einige Meinungsverschiedenheiten beständen, seien doch Anzeichen dafür vorhanden, daß man sich über die Hauptpunkte einigte. — Die „Westminster Gazette“ sagt: Das Beste, was wir erlangen können, ist, daß der heutige militärische Zustand durch die Mitrierten als Grenze ihres Sieges und Grundlage für ihre Forderungen an Deutschland angesehen werden soll. Wir wollen eine Stabilisierung des heutigen militärischen Zustandes ohne alle Besorgnis für den Frieden aufnehmen.

Kriegsminister Generalleutnant Scheuch ist, wie halbamtlich mitgeteilt wird, zum Bevollmächtigten Preußens im Bundesrat ernannt worden.

### Die Debatte im Reichstag.

Neben Solfs und Scheuch.

Der Beginn der heutigen Reichstagsstimmung verzögerte sich, weil die ersten Meldungen über die Antwortnote aus Washington Veranlassung zu lebhafter privater Aussprache gaben. Eine Zeitlang schien es sogar, als ob eine Verschiebung der Sitzung bis zum Nachmittag eintreten sollte. Aber Herr Fehrenbach, Schwanl hoch gegen 12 Uhr die Glocke und erteilte dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes das Wort zu den gestern verlangten Erklärungen über die Ansprüche der Nationalitäten.

Dr. Solf blieb in seiner neuen Würde der ruhigen verbindlichen Art treu, die ihm viele persönliche Freunde geschaffen hat. Seine Erklärung gegenüber den polnischen Forderungen, die in schärfendem Gegensatz zu dem Programm des Präsidenten Wilson stehen, klang recht bestimmt und wurde von allen Bänken durch immer erneute Zustimmung unterstrichen.

Als der Staatssekretär auf das deutsche Blut hinwies, das geflossen sei, um überhaupt erst die Grundlage für die polnische Freiheit zu schaffen, verursachte das provozierende Verhalten des Abgeordneten Korfanty, der offenbar es schwer verwindet, daß seine Fraktion ihn gestern nicht als Redner vorschickte, einen heftigen Zusammenstoß. Einige Herren von der deutschen Bank vor allem die Abgeordneten Werner-Gießen, Rupp-Me Burg und Bruhn, die der Zufall der Sitzordnung in die nächste Nachbarschaft der radikalsten Polen Korfanty und Nowitzki gebracht hat, gerieten mit diesen in einen heftigen Wortwechsel, der eine Zeitlang den Anschein erweckte, als würde es zu Handgreiflichkeiten kommen. Aber es blieb bei den drohenden Gebärden.

Immerhin gab diese Szene eine Vorahnung der Lage, die eintreten würde, wenn die Polen, begünstigt durch eine vorübergehende Konjunktur, sich verketten ließen, eine Politik der Vergewaltigung und territorialen Eroberung zu treiben. Polen und Deutsche bleiben unter allen Umständen Nachbarn. Ein Friede der Verständigung und ein gedeihliches Zusammenleben setzt den guten Willen von beiden Seiten voraus. Damit ist eine Grenze auch des weitesten Entgegenkommens festgesetzt.

Dem Mann des Friedens folgte der Minister des Krieges. General Scheuch stellte sich dem Hause in seiner neuen Eigenschaft vor. Er ist, wie viele Militärs, ein selbststärker Redner, aber das Gegenteil eines Parlamentärs. Er sagte mehr, als im Augenblick gut und notwendig war, und er sagte es in einer Form, die lebhaft verstimmt.

Ueberlauter Beifall der Rechten konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Mehrheit des Hauses die Rede als unzeitgemäß empfand. Die zweite Reihe der Redner, denen in herkömmlicher Weise die Aufgabe der Polemik zufällt, eröffnete der Sozialdemokrat Noske, ein Politiker von gemäßigter Denkart und starkem patriotischer Gesinnung, aber ein Redner von schneidender Schärfe in der Form. Nach allen Seiten führte er seine Stöße: gegen den Kriegsminister, gegen die Redner der Nationalitäten, und vor allem gegen die Unabhängigen. Gegen die polnische Auslegung des Selbstbestimmungsrechts machte er den Einwand geltend, daß danach Amerika den Indianern gehörte und Präsident Wilson auswandern müßte. Eine Anspielung auf die Wilsonsche Note ließ erkennen, daß der Redner eine optimistische Auffassung zu hegen scheint. Unter Hinweis auf das gestrige Friedensversammlungs-Verbot forderte er weiter die Absehung des Berliner Polizeipräsidenten. Einen breiten Raum nahm in seinen Ausführungen die Besprechung der Tankfrage ein, in der das Kriegsministerium eine schwere Unterlassungssünde begangen habe. Alles in allem war auch diese Rede aus der Mitte der Regierungsparteien eine Oppositionsrede.

Der Staatssekretär des Innern, Abg. Trimborn, erhob sich zum Wort, nachdem der sozialdemokratische Redner unter starkem Beifall seiner Freunde geendet hatte. Zu der Erklärung, daß die Regierung das Verhalten des Berliner Polizeipräsidenten auf das lebhafteste bedauere, betonte er mit aller Schärfe, daß jeder Beamte, der sich nicht dem Kurs füge, nicht mehr auf seinem Posten verbleiben könne. Diese Bekundung des festen Willens, energig durchzugreifen, löste allseitige Zustimmung bei der Mehrheit aus.

Im weiteren Verlauf der Debatte wird, wie verlautet, neben den Ansprüchen der Nationalitäten vor allem die Tankfrage und die der Ausstattung mit Kriegsmaterial, die der Kriegsminister angesprochen hatte, eine Rolle spielen.